

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 20.02.2018 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:15

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Giebels

Vertretung für Stv. Lemke

Vertretung für Stv. Greeff

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Annegret Wahlers

Vertretung für Stv. Schniewind

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

1. Beigeordnete Dagmar Formella
Beigeordneter Engin Alparslan
StOVR Doris Abel
VA Elke Fischer
StVD Michael Rennert
VA Dr. Jürgen Simon
StOVR Gerhard Titzer

Gäste

Stv. Vincent Endereß
Stv. Barbara Kamm

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Kindertagesstättenbedarfsplanung 2018/2019 Vorlage: 51/008/2018

Protokoll:

Stv. Lukat stellt den Antrag der WLH-Fraktion vom 20.02.2018 zur vorgelegten Kindertagesstättenbedarfsplanung 2018/2019 vor. Sie führt aus, dass eine Überbelegung der Gruppen aus pädagogischer Sicht keinen Sinn mache, weshalb die WLH den Antrag gestellt habe, auch eine sog. „Notgruppe“ einzurichten um so einer Überbelegung, pädagogisch sinnvoll entgegen zu wirken.

1. Bgo. Formella erläutert, dass der Landesverband Rheinland (LVR) die Überbelegung am Standort Kurze Str. vorgeschlagen habe. Die Verwaltung werde noch Gespräche mit allen Trägern führen um herauszufinden, was möglicherweise noch machbar sei.

Stv. Sack bestätigt den Vorschlag des LVR bezüglich der Überbelegung. Sowohl die Stadt als auch die Träger seien jedoch mit einer Überbelegung von Gruppen keinesfalls zufrieden, da dies zu Lasten der Pädagogik gehe. Er führt aus, dass man mit Nr. 2 des Beschlussvorschlages auf der sicheren Seite sei.

Stv. Lukat erkundigt sich, ob denn die Verwaltung grundsätzlich kein Problem mit dem Antrag der WLH-Fraktion habe.

1. Bgo. Formella bestätigt dies hinsichtlich einer weiteren Prüfung. Dieser müsse jedoch noch erweitert werden, da die Realisierungsmöglichkeiten auch mit Hinblick auf die Personal-, Sach- und Baukosten zu klären seien. Diese würden dann für die weiteren Beratungen zu den nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (JHA) und des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (BKSA) vorgelegt werden. Eine Prüfung ohne eine Aufnahme der erwarteten Platzzahl / Notgruppe in die Kindertagesstättenbedarfsplanung mache jedoch keinen Sinn.

Stv. Sack führt zum Antrag der WLH-Fraktion aus, dass der Fokus nicht nur auf den Standort Bollenberg gelegt werden solle.

Stv. M. Klaus unterbreitet den Vorschlag eine weitere Gruppe am Standort Kurze Straße unterzubringen. Um diese Plätze kurzfristig zu realisieren und unterzubringen, solle auf eine Container-Lösung zurückgegriffen werden.

1. Bgo. Formella erläutert, dass in diesem Falle eine Nachfinanzierung zum Haushalt 2018 auf der Basis eines Antrages des Trägers zu erwarten sei, da dieser hier vertraglich nicht verpflichtet sei.

Stv. Kaimer erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie den Prüfauftrag bzw. die Gespräche der Verwaltung mit den Trägern begrüße. Er unterbreitet den Vorschlag, im Beschlussvorschlag festzuhalten, dass die zusätzliche Notgruppe vorrangig durch städtisches Fachpersonal betreut werden solle.

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht von 17:35 Uhr bis 17:40 Uhr die Sitzung um den Fraktionen die Gelegenheit zu geben eine gemeinsame Beschlussempfehlung zu formulieren.

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung trägt **Bgm'in Dr. Warnecke** die gemeinsame Beschlussempfehlung vor und gibt diese zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Die vorgelegte Kindergartenbedarfsplanung 2018/2019 wird am Standort Bollenberg mit einer Ergänzung der Gruppenstruktur
 - eine zusätzliche Gruppe III (20 – 25 Kinder)
 - 6 Plätze Überbelegungbeschlossen.

Die Realisierungsmöglichkeiten einschließlich Personal-, Sach- und Baukosten für die zusätzliche Gruppe werden für die Beratungen in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (Sondersitzung März 2018) sowie des Jugendhilfeausschusses vorgelegt.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Trägern Alternativen für eine Notgruppe, welche nach Möglichkeit mit städtischem Fachpersonal betreut werden soll, zu finden.

2. Der vorgelegten Kindertagesstättenbedarfsplanung 2018/2019 in der vorgelegten Fassung, Teil A wird unter Einbeziehung der auf Seite 24 dargestellten Platzerweiterungen als Vorratsplanung für die Standorte Bismarkstr. und Kampstr. zugestimmt. Die Umsetzung ist mit dem Träger auf Realisierbarkeit abzustimmen.

3. Der vorgelegten Kindertagesstättenbedarfsplanung 2018/2019 Teil A wird zugestimmt.
4. Der JHA empfiehlt dem Rat für die Kindertagesstättenbedarfsplanung 2020/2021 für die städt. Kita „Erikaweg“ folgende Gruppenstrukturen vorzusehen:
 - 1 Gruppe Gruppenform I
 - 1 Gruppe Gruppenform II
 - 2 Gruppen Gruppenform III

Abstimmungsergebnis:

Über die einzelnen Absätze wurde getrennt abgestimmt.

Zu 1.

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen

Zu 2.

einstimmig angenommen

Zu 3.

einstimmig angenommen

Zu 4.

einstimmig angenommen

- 2./ Projektfreigabe Ausschreibung
hier: Erweiterung einer 2-zügigen Grundschule in Gruitzen, Prälat-
Marschall-Str. 65 in Haan
Vorlage: 65/039/2018**
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beauftragt die Verwaltung das Vergabeverfahren für den Erweiterungsbau der Gemeinschaftsgrundschule Gruitzen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**3./ Neubau einer vier-gruppigen Kindertageseinrichtung am Erikaweg
hier: Projektfreigabe
Totalunternehmer Ausschreibung im Unterschwellen-
Vergabeverfahren
Vorlage: 65/040/2018**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beauftragt die Verwaltung das Vergabeverfahren für den Neubau einer vier-gruppigen KiTa am Erikaweg durchzuführen. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Mittel sind im Haushalt 2019/2020 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**4./ Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die
Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege
und Offener Ganztagschule im Primärbereich in der Stadt Haan
Vorlage: 40/010/2018**

Protokoll:

Stv. Sack führt aus, dass sich die GAL-Fraktion bei der Beschlussempfehlung enthalte, da die Fraktion in der Satzung einen Widerspruch zu den Möglichkeiten, welche das Land NRW eröffne, sehe. Die GAL-Fraktion sei gegen zusätzliche Gebühren, sehe aber auch die Gefahr, dass ansonsten kaum oder keine Ferienangebote realisiert werden können. Für die Haushaltsplanberatungen 2019 kündigt er einen Antrag der GAL-Fraktion an, welcher auf einen städtischen Zuschuss zur Finanzierung von OGS Ferienangeboten abziele. Dieser solle mit dem Hinweis versehen werden, dass eine pädagogisch sinnvolle Lösung mit allen Trägern gefunden werden müsse.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Änderung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Haan und Kindertagespflege vom 09.03.2016“ wird in der Fassung der Anlage 1 zu dieser Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**5./ OGS Situation an der Don-Bosco-Schule
Trägerschaft ab 01.08.2018
Vorlage: 40/006/2018**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke weist darauf hin, dass die Nr. 3 des Beschlussvorschlages aus den vorherigen Beratungen des UA OPC und des BKSA, unter TOP 5 wegfalle, da dieser nun als eigenständiger Beschluss unter TOP 5.1 beraten werde.

Stv. Ruppert mahnt an, dass das ganze Verfahren aus Sicht der FDP-Fraktion nicht akzeptabel sei. Der bisherige Träger (SKFM) habe u.a. aus Kostengründen gekündigt. Es sei jedoch keine Aufstellung gemacht worden, wie viel die Trägerschaft die Stadt nun kosten würde. Zudem mahnt er an, dass der Rat der Stadt keine Entscheidungsmöglichkeit habe, da die Stadt zunächst ohnehin die Trägerschaft übernehmen müsse. Daher sei die OGS unter städtischer Trägerschaft bereits beschlossene Sache und daher alternativlos.

Stv. Lukat dankt der Verwaltung für die gute und fundierte Sitzungsvorlage und streicht positiv heraus, dass die Verwaltung früh Kontakt zu den Eltern und dem Träger aufgenommen habe. Dies sei bei allen Beteiligten positiv aufgenommen worden.

Stv. Sack ergänzt, dass die Verwaltung hier in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet habe. Er verweist dazu auf die Trägerübergänge in anderen Städten, welche teilweise katastrophal abgelaufen seien.

Beschlussvorschlag:

1. Die Trägerschaft an der OGS an der Kath. Grundschule Don-Bosco wird ab dem 01.08.2018 durch die Stadt übernommen.
2. Das bestehende OGS-Konzept, erstellt durch Schule und SKFM als OGS-Träger, bedarf hinsichtlich der städtischen Trägerschaft einer Konkretisierung und Weiterentwicklung. Dies sowie eine konkrete Personalkostenanalyse, ergänzt um eine Sachkostendarstellung, werden im letzten Sitzungszyklus vor den Sommerferien vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

5.1. Nachtrag Stellenplan 2018
/ Einrichtung einer neuen Stelle, Amt 40 in Teilzeit / Städt. Trägerschaft
OGS / Don-Bosco-Schule
Vorlage: 10/148/2018

Protokoll:

Stv. Wetterau verweist darauf, dass die Beratungsfolge unglücklich gewählt wurde, da die Beratung im Unterausschuss Organisation, Personal und Controlling (UA OPC) vor der eigentlichen Fachberatung im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKSA) stattgefunden habe. Dies sollte in zukünftigen Beratungen berücksichtigt werden. Weiterhin möchte er wissen, ob die zusätzlich geplante Stelle mit EG 8 oder mit EG 9a bewertet werde, da in der Beschlussempfehlung von beiden Eingruppierungen die Rede sei.

StOVR Titzer erläutert, dass die Abgrenzungen der beiden Eingruppierungen nicht weit voneinander entfernt seien. Da die endgültige Stellenbewertung hier noch ausstehe möchte sich die Verwaltung sowohl die eine als auch die andere Option noch offenhalten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 im Amt 40 als Nachtrag zum Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

6./ Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung/Erstellung einer
Raumanalyse/Begehung für die Grundschulen inkl. OGS
Vorlage: 40/007/2018

Beschlussvorschlag:

1. Der vorgelegte Bericht zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung sowie zur Raumanalyse an den Grundschulen inkl. OGS wird zur Kenntnis genommen.
2. Die vor Jahren an den Grundschulstandorten festgelegten Zügigkeiten an den Grundschulen Mittelhaan (3-Zügigkeit), Unterhaan, Don-Bosco und Gruiten (2-Zügigkeit) werden bestätigt. Für den Standort Bollenberg wird eine 2-Zügigkeit (bisher 3-zügig) fest gelegt.

-
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Handlungsempfehlungen von Herrn Dr. Garbe im Hinblick auf den Standort Mittelhaan zeitnah umzusetzen.
 4. Ein Einstieg in die räumliche Funktionalplanung des Standortes Unterhaan als Basis für eine im Jahr 2019 vorgesehene Planung erfolgt im 2. Halbjahr des Jahres 2018 unter Einbeziehung der aktuellen Anmeldesituation.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7./ Haftmittelnutzung in der Sporthalle Adlerstraße Vorlage: 40/011/2018

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion vom 20.02.18. Sie plädiert für eine generelle Aufhebung des Haftmittelverbotes, um es der Verwaltung so zu ermöglichen, selbstständig und ohne Ratsbeschluss die Tage der erlaubten Haftmittelnutzung mit den Vereinen abzusprechen.

Stv. Rehm mahnt an, dass es durchaus einen Unterschied mache, ob der Rat das Haftmittelverbot in Gänze aufhebe oder, ob lediglich die Tage an denen die Nutzung der Haftmittel gestattet sei, geändert werde. Er spricht sich jedoch auch dafür aus, dass der Rat nicht zwingend über die genauen Tage beschließen müsse. Dies könne die Verwaltung auch selbstständig mit den Vereinen regeln.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die Testphase welche noch bis zum Sommer laufe. Danach solle eine Auswertung aufzeigen, inwiefern die getroffenen Regelungen zur Haftmittelnutzung weiterhin Sinn machen oder ob diese ggf. angepasst werden müssten.

Stv. Wetterau schließt sich der Stellungnahme der Bürgermeisterin an und erläutert, dass der Antrag der WLH-Fraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht sei.

Stv. Stracke führt für die SPD-Fraktion aus, dass diese sich einer generellen Aufhebung des Haftmittelverbotes nicht anschließen könne. Auch die SPD-Fraktion sei jedoch der Meinung, dass die Verwaltung die genauen Tage wann das Haftmittelverbot aufgehoben sei, selbstständig mit den Vereinen klären könne.

Stv. Lukat erläutert, dass die WLH-Fraktion ihren Antrag vom 20.02.18 bis zum Ende der Testphase im Sommer zurückstelle und bittet die Verwaltung, den Antrag im Anschluss an die Testphase auf die Tagesordnung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport zu setzen.

Stv. Holberg erkundigt sich, wie die Vereine mit der jetzigen Regelung umgehen, insbesondere auch im Hinblick auf die Planungen der nächsten Saison.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass die Regelung (Donnerstag, Samstag, Sonntag) für die Vereine so in Ordnung sei.

Beschlussvorschlag:

Ergänzend zum Ratsbeschluss vom 27.06.2017 wird die wasserlösliche Haftmittelnutzung zu Trainingszwecken donnerstags im Rahmen einer Testphase bis zu den Sommerferien des laufenden Schuljahres 2017/2018 erlaubt. Dafür entfällt jegliche Haftmittelnutzung freitags. Die Kosten für die professionelle Reinigung werden von der DJK Unitas Haan e.V. übernommen

Im Übrigen bleiben die Regelungen des v.g. Ratsbeschlusses unberührt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**8./ "Zwischen Rhein und Wupper: Zusammen – wachsen"
hier: Weiterführung der gemeinsamen Arbeit in dem neuen
Kooperationsraum
Vorlage: 61/207/2018**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Haan beteiligt sich an der längerfristigen interkommunalen Zusammenarbeit „Zwischen Rhein und Wupper“ mit der Ausrichtung, konkrete Projekte anzustoßen und durchzuführen. In der nächsten Arbeitsphase sollen die drei Pilotprojekte konkretisiert und zu antragsreifen Maßnahmen entwickelt werden. Die Stadt Haan wird die nächste Arbeitsphase in 2018 und 2019 personell durch Mitarbeit eines Vertreters aus dem Amt für Stadtplanung und Bauaufsicht begleiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

9./ Aufzeichnungen von Redebeiträgen in Ausschüssen und Rat Vorlage: 10/143/2018

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf den 23. Bericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit aus dem Jahr 2017. Tonbandaufnahmen seien demnach grundsätzlich zulässig, soweit schriftliche Einwilligungen der Personen vorlägen und der Rat angemessene Rahmenbedingungen festgelegt habe. Sie macht darauf aufmerksam, dass für eine Aufzeichnung der Redebeiträge von jeder Person die Zustimmung eingeholt werden müsse. Dies in den Sitzungen durchzuführen und einzelne Ratsmitglieder und deren Redebeiträge nicht aufzuzeichnen bedeute sehr hohen technischen und personellen Aufwand.

StOVR Titzer ergänzt, dass es nicht allein bei den veranschlagten 4.000,-€ bliebe, da dann bei der geplanten Konferenzanlage zusätzliche Mikrofone angeschafft werden müssten, um so jedes einzelne Rats- und Ausschussmitglied mit Mikrofonen zu versorgen. Dies würde Mehrkosten von ca. 15.000,-€ verursachen.

Stv. Ruppert verweist auf den Beschluss des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling am 30.01.2018. Es gehe ja nicht nur um die Aufzeichnung, sondern auch darum, wie diese den Bürgerinnen und Bürgern anschließend zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies sei noch nicht abschließend geklärt, weshalb erst das geschehen solle, bevor über eine Freigabe der Mittel diskutiert werde.

Stv. Stracke signalisiert für die SPD-Fraktion die grundsätzliche Zustimmung für die Anschaffung entsprechender Hard- und Software, auch bei eventueller Nichtnutzung. Die Frage, inwiefern dies rechtlich zu handhaben sei und wie die letztliche Verwendung und Veröffentlichung der Daten aussehe, müsse jedoch noch konkret aufgezeigt und beraten werden.

Stv. Rehm schließt sich für die GAL-Fraktion der Ausführung der SPD-Fraktion an. Er ergänzt dazu, dass sich der Rat auch Gedanken über die Saalöffentlichkeit in Sitzungen machen solle. Generell seien selten Bürgerinnen und Bürger bei Rats- und Ausschusssitzungen anwesend. Des Weiteren könne die Anlage so auch für andere Zwecke genutzt werden.

Stv. Lukat schließt sich der GAL-Fraktion an und ergänzt, dass das Jugendparlament der Stadt Haan ihre Sitzungen bereits schon jetzt als Livestream über Facebook überträgt. Weiterhin gäbe es viele Städte, in denen Aufzeichnungen gemacht werden. Auch im Land- oder Bundestag sei dies normal. Es gehe auch darum, dass derzeit lediglich Ergebnisprotokolle der Sitzungen angefertigt werden. Diese lieferten jedoch nicht die erforderliche Transparenz, den Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse und deren Zustandekommen aus der Sitzung aufzuzeigen.

Stv. Stracke erinnert daran, dass die Ergebnisprotokolle auf einen Beschluss des Rates zurückzuführen seien, der die Verwaltung entlasten sollte. Die SPD-Fraktion sehe die möglichen Aufzeichnungen keinesfalls als deren Ersatz.

Stv. Wetterau verweist auf die immer noch offenen Fragen, insbesondere auf die Verwendung der aufgezeichneten Daten und meldet für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an.

Beschluss:

Seitens der CDU-Fraktion wurde Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung an den Rat entfällt daher.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**10./ Einführung einer papierlosen Ratsarbeit
Vorlage: 10/142/2018**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die Beschlussempfehlung aus dem Unterausschuss Organisation, Personal und Controlling (UA OPC) nach der die Variante II bevorzugt werde.

StOVR Titzer ergänzt, dass aus dem UA OPC der Auftrag an die Verwaltung kam, verschiedenste Geräte mit annähernd gleicher Leistung zu prüfen um eine Geräteempfehlung seitens der Verwaltung abzugeben. Dem sei die IT-Abteilung nachgekommen. Eines der Probleme sei hier, dass innerhalb der Verwaltung eine System-Management-Software eingesetzt werde, welche auf mobilen Geräten lediglich mit iOS oder Android kompatibel sei. Sollten also Windowsgeräte angeschafft werden müsste hier eine andere Software eingesetzt werden, was einen erheblichen Mehraufwand nach sich ziehen würde. Zudem habe die IT-Abteilung nur sehr wenig Erfahrung mit dem Betriebssystem Android, weshalb die Verwaltung Apple-Geräte mit iOS bevorzuge.

Stv. Stracke führt aus, dass die App der Firma SOMACOS GmbH & Co. KG zur papierlosen Ratsarbeit eher für iOS-Geräte ausgelegt sei, da die Windowsversion der selbigen, aus seiner Sicht nicht wirklich praktikabel sei.

Stv. Morwind streicht heraus, dass allen die Möglichkeit gegeben werden sollte, die App im Vorfeld zu testen. Sie halte daher eine Schulung zur Handhabung der App für alle Ratsmitglieder notwendig.

Stv. Kaimer ergänzt, dass die CDU-Fraktion die Variante II bevorzuge, da hier sichergestellt werden kann, dass alle die gleichen Voraussetzungen haben und das System in jedem Fall funktioniere. Eine Schulung zur Handhabung halte auch er für notwendig.

StOVR Titzer erläutert, dass eine solche Schulung in jedem Fall geplant sei, diese solle dann jedoch an einem separaten Termin stattfinden und nicht im Rahmen einer Sitzung des Rates.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Einführung der papierlosen Ratsarbeit auf Basis der **Variante II** für die Ratsmitglieder, die sich hierzu bereiterklären und lehnt die Variante 1 ab.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

11./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke geht auf die erneute Anfrage der WLH-Fraktion zur Kriminalprävention bei der Stadtverwaltung Haan vom 14.02.2018 ein. Sie verweist auf die Vorlage 10/126/2017 sowie auf die Antwort der Verwaltung in der Sitzung des UA OPC am 30.01.2018.

Bezüglich der Anfrage der WLH-Fraktion in Sachen Straßentausch Turnstraße / Martin-Luther-Straße führt sie aus, dass der Kreis Mettmann zur nächsten Sitzung des Fachausschusses eingeladen sei. Ein Bürgerdialog hierzu sei allerdings derzeit kein Thema.

Die Anfrage der WLH-Fraktion zur Webseite „Einkaufen in Haan“ und der SPD-Fraktion zur Immobilie Edeka in Gruiten sind von der Verwaltung schriftlich beantwortet worden und im Ratsinformationssystem unter TOP 11 einsehbar.

12./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.